



Petition 60962

Aufenthaltsrecht - Aktive und realistische Informationspolitik seitens Deutschlands gegenüber Asylsuchenden

Text der Petition

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass Personengruppen im Ausland, von denen zu erwarten ist, dass in absehbarer Zeit ein erheblicher Anteil von ihnen Asylanträge in Deutschland stellen wird, vorab in realistischer Weise darüber zu informieren sind, welche Konsequenzen ein solcher Schritt haben wird. Diese Maßnahme soll helfen, den Zuzug nach Deutschland auf jene Personen zu begrenzen, die unsere Hilfe auch tatsächlich benötigen.

Begründung

Viele Flüchtenden haben äußerst unrealistische Vorstellungen davon, was der deutsche Staat für sie leisten kann und will. Weit verbreitet sind beispielsweise die Vorstellungen, Deutschland würde in unbegrenzter Zahl Wohnungen bauen, den Ankommenden Arbeit geben und unbegleitete Minderjährige in Adoptivfamilien aufnehmen. Auch die Idee, Angela Merkel habe alle Syrer und Iraker eingeladen nach Deutschland zu kommen, um hier zu leben, ermutigt zusätzlich auch solche Menschen zur Migration, die nicht unmittelbar vom Krieg bedroht sind.

Die wenigsten Flüchtenden haben jemals davon gehört oder daran gedacht, dass die staatlichen Maßnahmen auch in Deutschland starken Einschränkungen unterliegen oder dass die Bereitschaft, tatsächlich Flüchtlinge aufzunehmen, nicht in allen Bevölkerungsschichten und auch nicht in allen Landesteilen gleichermaßen gegeben ist. Auch können sich der politische Wille und die Stimmung in der hiesigen Bevölkerung schon während er Zeit, die eine Reise nach Deutschland in Anspruch nimmt, erheblich ändern. Und nicht zuletzt wird von den hier Ankommenden ein erhebliches Maß an Integrationswillen verlangt.

Der deutsche Staat sollte die Verbreitung von Informationen darüber, was Asylsuchende zu erwarten haben, nicht den Schleppern und Geschäftemachern überlassen, sondern selbst aktiv werden und von den hiesigen Wertvorstellungen getragen, Einfluss auf die betreffenden Personengruppen nehmen. Hierzu müsste eine glaubwürdige Präsenz in den jenen sozialen Medien geschaffen werden, die von den Zielgruppen genutzt werden. Die dort verbreiteten Informationen sollten sowohl in den betroffenen Landessprachen, als auch auf deutsch veröffentlicht werden, um die Gefahr des Missbrauchs dieser Maßnahme für Propagandazwecke gering zu halten.

Eine relevante Anzahl von Menschen wird derzeit durch gezielte Fehlinformationen dazu ermuntert, ihr Vermögen für eine Reise auf illegalem Weg nach Europa einzusetzen. Ein Mangel an zuverlässigen Informationen über die Konsequenzen hilft dabei nur den Schleppern und Schleusern, nicht aber den Flüchtenden und auch nicht den Aufnehmenden. Daher ist eine aktive Informationspolitik seitens Deutschlands im Interesse aller Beteiligten.

